

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der E. Mehl'schen Buchdruckerei (Inhaber Fr. Bieflinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Bieflinger in Neuenbürg.

Nr. 290.

Donnerstag den 11. Dezember 1930.

88. Jahrgang.

Deutschland.

Württemberg schießt sich dem Einspruch gegen den Remarque-Film an.

Amstich wird mitgeteilt: „Dem vom sächsischen Innenministerium bei der Filmoberprüfstelle Berlin gestellten Antrag auf Erlaubnis der Auslieferung des Bildstreifens 'Der Westen nicht Ruess' hat sich auch das württ. Innenministerium vorförmlich angeschlossen.“

Kultminister Dr. Bazille über die kommende Kriegsgefahr.

München, 10. Dez. Auf Veranlassung des Württemberg. Bauern- und Weingärtnerbundes sprach am Montag nachmittags in den überfüllten Krongesellen Kultminister Dr. Bazille über das Thema „Deutschlands Gegenwart und Zukunft“. Kultminister Dr. Bazille führte nach einem Bericht des Illner Abgeord. aus, daß durch die Revolution Deutschland in eine Lage versetzt worden ist, wie man sich eine solche nie gedacht hätte; man schwärme den Völkern einen Idealzustand vor, der nie eintreten wird. Die Inflation war dann eine Art alkoholische Bekäubung, der am anderen Morgen ein schrecklicher Kater folgen würde. Rechtzeitig kam die Weimarer und ein Aufschwung setzte von 1924 bis 1928 ein, dieser war aber nur künstlich erzeugt durch die Auslandskredite. Niemand ahnte, daß wir in eine Weltwirtschaftskrise hineinstürmen. Als einen Hauptfehler bezeichnete der Redner die Inflation, dann die Verlegung der Rechtsgrundlage durch die Aufwertungsgebarung, wodurch vielen deutschen Staatsbürgern das Vertrauen zum Staat genommen wurde und als dritten Fehler betonte er die überspannte Wohlfahrtsgebarung, wodurch die Wirtschaft niedergedrückt wird. Der Redner kam dann auch auf den bekannnten Jesell der Deutschnationalen Volkspartei und den Aufstieg der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei zu sprechen. Dieser ist eine Art Freiheitskampf und Freiheitswille gegen den Youngplan. Die Bewegung ist noch jung und besitzt einen gemäßigten Willen zur Freiheit. Da sie noch jung und ungenügend ist, müssen ihr noch Jügel angelegt werden. In den meisten Gemeinden der Alb ist Ludendorffs Broschüre „Weltkrieg droht“ sehr verbreitet worden und hat manche Verwirrung unter der Bevölkerung angerichtet, weshalb Kultminister Dr. Bazille nach Württemberg gekommen ist, um Aufklärung zu schaffen. Die Auffassung Ludendorffs über die drei überhandnehmenden Mächte, Jesuiten, Juden und Freimaurer, ist vollständig falsch. Wichtig in Ludendorffs Buch sind allerdings die militärischen Ausführungen, die überall Verbreitung finden werden. Die Nationalsozialisten wollen ein Bündnis mit Italien, wenn aber dieses Bündnis zustande käme, wäre Deutschland der Vernichtung preisgegeben. Deutschland darf um seiner selbst willen ein solches Bündnis nie eingehen, denn es würde Frankreich gegenüber Feindschaft. Die Gefahr eines neuen Weltkrieges ist aber nicht von der Hand zu weisen. Wenn man nicht eilt, werden, wenn das Wirtschaftsleben einermäßen wieder an Kraft gewinnt. Der Vortragende kam dann auch auf den Dames- und Youngplan zu sprechen und glaubt, daß es hoffnungslos ist, ein Moratorium zu bekommen, so lange unsere Finanzen nicht selbst in Ordnung sind. So lange Hindenburg an der Spitze Deutschlands steht, brauchen wir an einen Krieg wohl nicht zu denken. Aber im Jahre 1932 ist Hindenburgs Amtszeit abgelaufen und mit der Präsidentschaftswahl finden auch die präsidentlichen Landtagswahlen statt. Es wird eine heikle Situation entstehen, denn die Nationalsozialisten werden den Präsidentschaftswahl belegen wollen, ebenso die Sozialdemokraten. Das Frühjahr 1932 kann deutsche Wahlen bringen; ob sie friedlich gelöst werden können, ist eine Frage der Zeit. Sorgen wir deshalb dafür, daß wir desonnene Regierungen bekommen. Bei uns im Süden liegen die Verhältnisse nicht so, daß es zu Zusammenstößen kommt. Die Nationalsozialisten und die Sozialdemokraten werden sich bis auf den Tod bekämpfen und aus diesen Kämpfen kann der zweite Weltkrieg entstehen. Voten wird in Preußen einwählen, um Landtagswahlen zu erhalten, Russland kann aber kein hartes Votum gebrauchen. Frankreich erhebt sich am Rhein. Lauter Gefahren, die uns drohen. Wir dürfen aber keine Vogelsträuberei treiben und vor den Gefahren den Kopf nicht in den Sand stecken! Es ist möglich, daß Deutschland Stoppgebiet wird, aber daß Deutschland ganz vernichtet wird, ist undenkbar. Wir werden noch einmal zu ringen haben, um die deutsche Freiheit und um die deutsche Ehre. Aber nicht ängstlich und pessimistisch wollen wir werden, sondern tun, was möglich ist! Wir wollen anwarten bis Frankreich mit dem wir keinen Krieg führen können, in seiner äußeren Politik einen großen Fehler macht. Es wird in Europa dann eine Veränderung geben, die Deutschland möglicherweise die Freiheit wiederbringt, wie nach vor 120 Jahren. Bis dahin wollen wir die Geduld nicht verlieren und die Kraft bewahren.

Die Industrie protestiert gegen Schales Initiativtraktat.

Berlin, 10. Dez. Die Arbeit des Ernährungsministers Schale, durch einen Initiativvertrag ihm nahelebender Verträge im Reichstag, hat, wie sich denken läßt, in den Kreisen der Industrie größte Beunruhigung hervorgerufen. Man weiß von dem Inhalt, daß die Durchführung dieser neuen Agrarpläne das langjährige Handelsvertragsystem über den Danks werden und zu wirtschaftlichen Repressalien gerade der Staaten führen würde, die als die besten Kunden der deutschen Industrie gelten, nämlich Holland, Schweiz, Skandinavien, Belgien, Frankreich, Italien und Österreich.

Polens Kampf gegen Revisionen.

Warschau, 10. Dez. In ganz Polen begann am Montag

der sogenannte „Sommerellenarat“, das heißt der offiziell organisierte Propagandamonat zur wirtschaftlichen und politischen Stärkung Polens im Kampfe gegen die Revisionsbestrebungen. Überall werden öffentliche Sammlungen für die nationale Verteidigung, für die Flotte und für den Ausbau der Luftwaffe vorgenommen. In Krakau, Lemberg und Bosen fanden am Montag, der ein Feiertag war, größere Versammlungen statt, in denen zur engeren wirtschaftlichen Angelegenheit Sommerellenarat an Polen aufgeführt sowie zur Verantwortung der Revisionsbestrebungen Deutschlands mit dem wirtschaftlichen Ausbau Polens und der Vergrößerung seiner Verteidigungskräfte aufgerufen wurde.

Großes Schweigen über die Begnadigung.

Moskau, 10. Dez. „Pravda“, „Iswestija“ und andere Sowjetblätter erörtern in abschließenden Artikeln den soeben beendeten Kammerprozess. Die „Iswestija“ richtet dabei einen Appell an die Intelligenz, entweder mühte sie vorüberlasslos zu Proletariat und Sozialismus übergeben, andernfalls gerate sie zur Konterrevolution und damit in Abhängigkeit zu fremdem Imperialismus, der Rußland zerstören wolle. Dieses Ausblagen einer patriotischen Note war auch sonst als politisch taktischer Bestandteil der Broschüre zu hören. Die Demonstration des Prozeßanhangs, die weitgehende Begnadigung der Angeklagten, wird in der Sowjetpresse kommentarlos mitgeteilt. Die Zeitartikel nehmen darauf gar nicht Bezug. Man darf sagen, daß die Auffassung, welche teilweise in der Auslandspresse zum Ausdruck kam, über die auf diesen Ausgängen besser vorbereitete, als die Sowjetpresse es getan hat.

Aus Stadt und Bezirk.

Neuenbürg. Stadtratssitzung am 9. Dezember. Aus Fürsorgemitteln werden Weihnachtsgaben im Gesamtbetrag von 500 RM. an die hiesigen Erwerbslosen verteilt, welche schon längere Zeit schuldlos ohne Arbeit sind.

Die Rechnungsarbeiten wurden nach den Anträgen der Rechnungsprüfer, welcher die Vorprüfung vorgenommen hat, genehmigt.

Dem Photographen Stadelmann wird in stets widerruflicher Weise die Erlaubnis erteilt, gegen den üblichen Mietzins an dem städt. Gelände an der Alten Vorzeimerstraße zwischen Haus Stengel und Scheuerle einen Schauplatz anzubringen.

Architekt Reß und Baumeister Weiger haben über das Bieffengelände beim Ratenplatz weithin der Baufläche einen Rebaunungsplan gefertigt, um daraus für Liebhaber einfache 2-1 Zimmerwohnungen zu erstellen. Die Beratung im Gemeinderat ergab die Bereitwilligkeit, das Gelände um verbilligten Preis zu gedachten Zweck abzugeben. Das Stadtbauamt wird beauftragt, ebenfalls einen Rebaunungsplan auszuarbeiten und einen Voranschlag über die von der Stadtgemeinde aufzuwendenden Kosten für Straßenherstellung usw. Alsdann soll mit Beschleunigung die Sache weiter behandelt werden.

Schon bei der letzten Voranschlagsberatung wurde aus der Mitte des Gemeinderats angefragt im Lauf des Rechnungsjahres die Frage zu erwägen, ob nicht durch Änderung der Organisation der Realschule eine Ausgabenreduktion erreicht werden könnte. Die Beratung dieser Frage kann nur nicht länger verschoben werden, da schon jetzt mit Sicherheit voraussehen ist, daß der nächstjährige Voranschlag ohne erhebliche Ausgabenreduktion nicht ausgeglichen werden kann, weil bedürftig werden muß, daß durch den Rückgang der Gewerbesteuer bei gleicher Umlage eine Wiedereinnahme von etwa 30000 RM. gegenüber der Zeit vor etwa 2 Jahren entsteht, daß durch den Rückgang des Waldtrags weiter größere Einnahmeverminderung eintritt, ebenso durch die verabschiedete Anteilnahme an den Reichsrenten (Einkommensrenten, Umfassener usw.). Dazu kommt, daß in den nächsten Jahren für die 8. Klasse der Volksschule ein Votum zu beschließen ist, das mindestens dann zur Verfügung haben muß, wenn die zwei ältesten Jahrgänge vollends ausgeschoben sind und an deren Stelle härtere Jahrgänge nachrücken. Bei der geringen Zahl dieser Schüler in den oberen Klassen der Volksschule ergibt sich für jeden solchen Schüler ein unproportionalmäßig hoher jährlicher Aufwand an Kosten der Stadtkasse und es würden durch Aufhebung der 6. und 7. Klasse die Ausgaben um etwa 8-10000 RM. gesenkt werden können. In der anschließenden Beratung in der das Für und Wider einer solchen Maßnahme lebhaft erörtert wurde, ist sowohl vom Vorschlagenden, als auch von allen zu Wort gekommenen Stadträten hervorgehoben worden, wie schwer ein solcher Entschluß zu nehmen sei, nachdem in den letzten Jahren die Schule mit großen Opfern soweit ausgebaut worden und in einem guten Zustand sei. Nicht unerwähnt blieb, daß der Staat, als er den Gemeinderat hat des letzter hälligen verhältnismäßig Aufwands vor einigen Jahren 90 v. H. des persönlichen Aufwands entlastet, den Gemeinderäten hiedurch die Weiterführung der Schulen sehr erschwert habe. Hier kommt noch hinzu, daß die 6. Klasse ganz von der Stadt zu unterhalten ist und daß die wiederholten Bemühungen, eine staatliche Beteiligung zu erreichen, erfolglos geblieben sind und nach Erfordernissen auch in Zukunft erfolglos bleiben werden. Verlangt wurde, daß auch in den letzten Jahren sich ein Teil der Schüler nach Durchlaufen der 4. Klasse ausgeschoben sei und daß es mehr und mehr vorkomme, daß in den mittleren Beamtenberufen, für welche an sich die mittlere Reife genüge, in der letzten Zeit in der Regel höhere Anforderungen gestellt werden, so daß hiedurch das Zeugnis der mittleren Reife entwertet worden sei. Die ganze Frage wurde sehr ausgiebig beraten, für die Entscheidung wünschte der Ge-

meinderat noch eine Bedenkzeit. Dementsprechend findet die Schulberatung und Entscheidung in der nächsten Gemeinderatssitzung statt. Durch die ganze Verhandlung zog sich die Auffassung, daß nur die jetzige Notzeit einen Schritt, wie ihn der Abbau der höheren Schulklassen darstellt, rechtfertigen könne und daß zweifellos auch auf anderen Gebieten, als auf demjenigen der Schulen, Einschränkungen erfolgen müßten.

Nachdem noch eine Grundstücksabgabe und eine Anzahl kleiner Angelegenheiten erörtert, wurde die Sitzung um 9 1/2 Uhr geschlossen.

(Wetterbericht.) Die nordwestliche Depression beherrscht immer noch die Wetterlage. Für Freitag und Samstag ist unbeständiges und zeitweise regnerisches Wetter zu erwarten.

Vierfeld, 10. Dez. Zu dem letzten Gemeinderatsbericht ist bezüglich der Gemeinderatsgelder noch zu bemerken, daß die Gemeinderatsmitglieder selber schon freiwillig auf das Sitzungsgeld verzichteten, soweit es den Betrag von 2 RM. überstieg. In der jetzigen Sitzung wurde beschlossen, den Kriegsbeschädigten auf Ansuchen rund 300 RM. Brennholz zum Preis von 6 RM. für das Raummeter Forstholz und 8 RM. für das Raummeter Buchenholz. Den verbleibenden Wohlfahrtsbeschädigten, Ausgehenden soll ebenfalls Brennholz zugewiesen werden und zwar 1 RM. Forstholz zum Preis von 5 RM. und 1 RM. Buchenholz zum Preis von 7 RM. Das den Erwerbslosen zugewiesene Holz soll verlost werden. Das schon aufbereitete Stammholz mit rund 300 RM. soll durch den Waldbesitzerverband zum Verkauf angeboten werden. Ein Stangenverkauf aus dem Waldteil Schönbüchel soll öffentlich ausgeschrieben werden. Wilhelm Kraut hat sich zur Annahme seines Gemeinderatsmandats bereit erklärt. Er soll in der ersten Sitzung des neuen Jahres in den Gemeinderat eintreten. Wegen des Baugeschäfts Schmirle, zur Erhaltung einer Knochenmühle wurde nichts eingewendet. Dem Baugeschäft der Firma Jäger wurde ebenfalls grundsätzlich zugestimmt. Der Gemeinderat wünscht jedoch noch die Vorlage eines Querprofils, um sich über die Gebäudehöhe zum Gelände zu überzeugen. Die Arbeiten am neuen Waldweg werden am kommenden Samstag eingeleitet. Einige der bedürftigsten ausgeherten Erwerbslosen sollen noch vorläufig beschäftigt werden. Von 3 Gesuchen um Arbeit oder Fürsorgeunterstützung wurde ein Gesuch abgelehnt und zwei Gesuche dahin entschieden, daß die Gesuchsteller vorläufig bei der Gemeinde beschäftigt werden. Ein Gesuch um Herabsetzung eines vereinbarten Beitrages für Anschluß einer Wasserleitung wurde abgelehnt. Der Weg bei der Kleinwohnungsbebauung soll instandgesetzt werden und zwar in der Weise, daß die Gemeinde die hierzu erforderlichen Steine auf den Platz liefert, die Arbeiter aber selbst von den Kollegen unter Aufsicht der Gemeinde ausgeführt werden. Der Gemeinderat berichtet kurz über die innere Ausschlüpfung. Ein Antrag auf das wiederholte Ausschreiben der Verachtung der Schwelche ist nicht eingegangen. Wegen eines künftigen Steuerzahler soll zwangsweise vorgegangen werden. Nach dem Rentenbericht vom Monat November 1930 betragen die Gesamteinnahmen für die Rechnungsjahre 1929, 1930 und 1931 872.808 RM. und die Ausgaben 827.472 RM., die Einnahmen der Feldbereinigungskasse I, II und III 20.731 RM. und die Ausgaben 75.033 RM. Den Schluß der Gemeinderatsitzung bildeten einige Grundstücksabgaben und kleinere Verwaltungsangelegenheiten.

Söfen a. Enz, 10. Dez. Kürzlich kamen wir an dieser Stelle die Nachricht von der Erkrankung des hochbetagten Heimatdichters Ludwig Schwarz. Er liegt nun schon ein halbes Jahr auf seinem Krankenlager und wird schwerlich mehr aufkommen. Geduldig harret er auf den Ruf seines Weibchens. Ein Drost wäre es ihm, wenn er den Reichthum seines heimatgeschichtlichen Romans „Aus den Erinnerungen des Burgkaplans von Strubenhardt“ vor seinem Heimgang vollends unterbringen könnte. 30 Exemplare sind bereits verkauft, etwa 100 harrten noch eines Käufers. Wer dem freundlichen Preis vor seinem Ableben noch eine Freude machen will — und mancher wird diesen Wunsch haben — der bestelle ein Buch. Gebunden kostet es 3 Mark und broschiert 2 Mark. (Der Buchtitel ist natürlich keine Schranke gesetzt.) Jede Buchhandlung im Enztal wird bereit sein, eine Bestellung zu vermitteln. Der Erlös aus dem Buche bildet den einzigen und letzten Verdienst des schwerkranken Mannes. Obwohl der Roman keine Menge hat, darf er doch als schöne Leistung eines einfachen Handwerkmannes angesehen werden. Das Buch ist 25 Seiten stark und enthält auch die mitnehmlichen Bilder von Burg Strubenhardt und vom Schloß in Schwann. Es vermittelt allerhand Kenntnisse mittelalterlichen Ritterlebens, es macht den Leser mit den Schicksalen bekannt, er wird Zeuge des Ueberfalls im Wald und von der Flucht des Grafen Eberhard nach Javelien. Wir werden auf die Burg von Eberlein und Wunschein geführt, auf Viebeng, Strungen und Enzberg, auf Wankenhorn, Weinsberg und Dohlenburg; wir kommen in die Klöster Frauenalb, Derrnald und Maulbronn, wir betrachten die Städte Heilbronn, Gillingen, Weilingen, Gmünd, Hall, Elm und Speyer, ja wir kommen sogar zu den damals noch heidnischen Franken und heigen bei dem Hochmeister des Deutschen Ordens in Wartenburg ab. Alles in allem ein Buch, das seinen Wert behält und das sich zu einem Weihnachtsgeschenk für Bezirksangehörige besonders gut eignet.

Erläuterung der Druckarten-Verbung.

Das Reichspostministerium teilt mit: Zugunsten der Werbung für den Warenverkauf hat die Deutsche Reichspost mit sofortiger Wirkung die Vorschriften über die Verwendung von Druckartenkarten mit anhängender Antwortkarte zu der er-wähnten Gebühr von 3 Pfennig wesentlich erleichtert. Die Frei-

Anzeigenpreis:

Die einseitige Zeitzeile über deren Raum 25 J., Kellern, Seite 80 J., Kollektiv-Anzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte und Ankaufserteilung 20 J. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Abnahmehens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Facitabrechnungen treten sofort alle früh. Vereinbarungen außer Kraft.

Gerichtstand für beide Teile: Neuenbürg. Für set. Nachr. wird keine Gewähr übernommen.

RI
Teilzahlung
kelt

ers billig!

Heute eintreffend
direkt von der See:
Frischer
Kablau und
Schellfisch
Pfund 23 Pfg.

Kablau-Filet
Pfund 40 Pfg.

Frische
Büdinge
Rachsheringe
Marinaden
in großer Auswahl.

Für die Feiertage
treffen für uns ein:
3 Waggon
württbg. und bayerische
Mast- u. Brat-
Gänse

Vorausbestellungen
jetzt schon erdellen.

5 Proz. Rabatt!

fannkuch

Formblätter für
Reichsbebauung

enministeriums vom
Bl. S. 292)

ung, Neuenbürg

Formulargenossenschaft
ereiten e. G. m. b. H.

Baden.

Horzheim, 10. Dez. Der 17 Jahre alte Schlosserlehrling Walter Berner aus dem benachbarten Hudenfeld wurde am Sonntag im dortigen Wald erhängt aufgefunden. Nach einem hinterlassenen Zettel hat der junge Mann wegen schlechter Behandlung durch seinen Lehrherrn den Tod auf diese Weise gesucht.

Konstanz, 10. Dez. Der Oberstaatsanwalt Fröh in Konstanz wurde von einem Rangierzug angefahren. Er hatte aber die Weitesgegenwart, sich sofort zwischen die Gleise zu legen, so daß der ganze Zug über ihn hinwegging, wobei er mit einer leichten Verwundung davonkam.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 10. Dez. Der Landtag wird, um den vorliegenden Verordnungsstoff noch vor Weihnachten aufzuarbeiten, bis Samstag, den 20. Dezember zusammenbleiben. Dann begeben sich die Abgeordneten in die Weihnachtsferien. Ende Januar 1931 wird das Plenum des Landtags zur Generaldebatte über den Etat 1931 wieder zusammenkommen.

Stuttgart, 10. Dez. Der sozialdemokratische Abgeordnete Schuler hat im Landtag folgende kleine Anfrage gestellt: Am 9. November d. J. ließ die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei in zahlreichen Gemeinden unseres Landes — vielfach unter Mithilfe der Vorposten der gemeindlichen Friedhofordnungen — an den den Toten des Weltkriegs errichteten Erinnerungsmalen Kränze niederlegen, deren Schließen mit dem nationalsozialistischen Parteiabzeichen versehen waren, was bei einem großen Teil der Bevölkerung lebhaften Unwillen erregt hat und von Vielen als eine parteipolitische Schändung des Andenkens der toten Kriegssopfer empfunden wurde. Ich frage das Staatsministerium, ob es geneigt ist, geeignete Maßnahmen zu treffen, durch die verhindert wird, daß in dieser Weise auch noch die erhaltenen Kriegerdenkmäler zum Tummelplatz der parteipolitischen Leibesübungen gemacht werden.

Stuttgart, 10. Dez. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Dem vom Sachlichen Innenministerium bei der Filmberufungsstelle Berlin gestellten Antrag auf Widerruf der Zulassung des Bildstreifens „Im Westen nichts Neues“ hat sich auch das Württ. Innenministerium vorläufig angegeschlossen.

Waldorf, 10. Dez. Bei den Aufbaumassarbeiten im unterirdischen Gebiet Anna II konnte in der vergangenen Nacht wiederum eine Leiche freigelegt werden.

Waldorf, 10. Dez. Bei einer Erwerbslosen Demonstration wurden heute Abend 155 Personen festgenommen, da sie den Anordnungen der Polizei nicht Folge leisteten. Ferner mußten zwei Personen verhaftet werden, weil sie eine Fensterkassette einschlugen. Die Totale der Demonstration bestand etwa darin, sich unter die Posten zu mischen, um so unaufrichtiger demonstrieren zu können. Nur durch rechtzeitiges Einschreiten starker Polizeikräfte konnten Ausschreitungen verhindert werden.

Berlin, 10. Dez. Nach Hinterlegung der zur Revision in Höhe von 10000 noch fehlenden 4000 Mark der der Potsdamer Gerichtshalle wurde Frenzel heute aus der Haft entlassen.

Berlin, 10. Dez. Der bei den Zusammenrottungen am gestrigen Abend festgenommene nationalsozialistische Abgeordnete Regierungsrat a. V. Dr. Fabricius wurde heute nachmittag dem Schnellrichter übergeben. Er ist nach seiner Vernehmung wegen Mißbräuchung polizeilicher Anordnungen zu 30 Mark Geldstrafe beim 3. Senat Haft und wegen Verleumdung zu 150 Mark Geldstrafe beim 10. Senat verurteilt worden. Die Staatsanwaltschaft hat gegen das Urteil des Schnellrichters gegen den Regierungsrat Dr. Fabricius Berufung eingelegt.

Hamburg, 10. Dez. Wie dem Hamburger Fremdenblatt von einem Leser des Blattes mitgeteilt wird, habe dieser gestern ein privates Telegramm von einem Teilnehmer der deutschen Ostland-Expedition erhalten. Das Telegramm ist aufgegeben von der Westfront am 2. Dezember. Demnach dürften die Beziehungen über das Schicksal der Expedition, namentlich des Prof. Wegener, erfreulicherweise angeknüpft sein.

Kiel, 10. Dez. Der arbeitslose Professor an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät und Direktor des Staatsrechtsseminars zu Kiel, Dr. phil. August Scholweit, wurde zum Rektor der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel für das Jahr 1931/32 gewählt. Professor Dr. Scholweit war in den Jahren 1910/1919 als Referent im Reichsministerium für den Innern tätig.

Brüssel, 10. Dez. Der Generalrat der belgischen Arbeiterpartei hat entsprechend dem von einem Monat vorverfallenen Beschluß des Parteitag von der Frage der Militärstrafverfahren befreit und einstimmig eine Entlassung angenommen, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß die vom Kabinett Jospin geplanten neuen Militärstrafverfahren in offenem Widerspruch zu den internationalen Abrüstungsverpflichtungen Belgiens stehen. Die sozialistischen Abgeordneten und Senatoren werden beauftragt, diese Vorlage zur Vermeidung der Militärstrafverfahren abzulehnen.

London, 10. Dez. Im Hafen von Bloch brach heute früh um 25000 Tonnen großen Postdampfer „Epoch of Scotland“, der dort abgetaktet werden sollte, ein Brand aus, der großen Umfang annahm. Das Feuer wird von 3 Feuerwehreinheiten und 4 Feuerlöschbooten bekämpft. Es ist aber zu befürchten, daß der Dampfer ein Opfer der Flammen werden wird. Die „Epoch of Scotland“ ist völlig ausgebrannt. Es handelt sich um ein auf Grund des Vertrages von Versailles abgetretenen früheren deutschen Dampfers „Kaiserin Auguste Victoria“.

Washington, 10. Dez. Der soeben vom Bundesessen bestätigte neue Arbeitsminister Dock erklärte sich in seiner ersten öffentlichen Äußerung für die Einführung der Kurzarbeit zur Erhaltung der Arbeitslosigkeit und ist jetzt bemüht, die Eisenbahnerorganisation, der er angehört, mit der Federation of Labour, die bekanntlich gegen ihn als Nichtmitglied optiert hat, zu einem gemeinsamen Programm für die fünfjährige Arbeitswoche zu veranlassen.

Kürzung der Landtagsdiäten. — Neugestaltung des Landtagswahlgesetzes.

Stuttgart, 10. Dez. Der Reichsenrat des Landtags nahm heute zur Frage der Kürzung der Aufwandsentschädigung für die Abgeordneten Stellung. Nach eingehender Ausdrücke wurde folgender Vorschlag des Zentrums angenommen: 1. Bei den fortlaufenden Besügen für sämtliche Landtagsmitglieder sind gleichmäßig je 20 Prozent abzunehmen. 2. Das Tagelohn für die Teilnahme an Ausschüssen wird wie folgt festgesetzt: a) für die am Tagungsort und in einem Umkreis von 20 Km. davon wohnhaften Abgeordneten auf 8 RM., für die übrigen Abgeordneten auf 12 RM. je für den Sitzungstag. Alle anderen Vorschläge wurden infolge Annahme dieses Antrags für erledigt erklärt. Hierauf wurde noch eingehend die Frage erörtert, ob für die Beamtenabgeordneten noch ein besonderer Abzug erfolgen soll. Präsident Hilger teilte mit, daß er die Verhältnisse der einzelnen Abgeordneten einer Nachprüfung unterliegen habe. Dabei habe sich herausgestellt, daß sämtliche Beamtenabgeordnete auch während der Landtagszeit ihren Dienst ausüben. Das gelte ganz besonders auch für die in Stuttgart wohnenden Abgeordneten, ebenso für die außerhalb wohnenden. Es sei schwierig, überhaupt eine Grenze zu ziehen. Es gebe nicht an, nur an die Staatsbeamten zu denken. Es müssen auch die Verhältnisse der Körperschaftsbeamten nachgeprüft werden, ebenso die Verhältnisse von Privatangehörigen bei Parteien, auf Redaktionen usw. Die Kürzung ergab dann praktisch die Unmöglichkeit einer solchen Regelung, es wäre denn, daß man für jeden Abgeordneten eine besondere Regelung treffen würde. Damit ginge der Charakter der Aufwandsentschädigung vollkommen verloren. Die auf eine Sonderregelung abzielenden Anträge wurden in-

dessen zurückgezogen. In einem Initiationsgesetzentwurf soll die Frage der Diätenregelung an den Landtag gebracht werden. Die Neuregelung wird am 1. Januar 1931 in Kraft treten. Weiterhin wurde die Frage der zeitigen Behandlung eines Landtagswahlgesetzes behandelt. Der Reichsenrat beschloß einstimmig, zuerst die Neugestaltung des Reichstagswahlgesetzes abzuwarten, um nicht in aller Eile für die Parteien zu der Frage Stellung nehmen zu müssen. Präsident Hilger berichtete eingehend über die Angelegenheit. Von demokratischer Seite wurden Befürchtungen darüber laut, daß sich im Reichstag die Erledigung verzögern könnte. Deshalb sei es notwendig, an die baldige Einberufung des Landtagsausschusses heranzugehen. Grundfällige Bedenken dagegen wurden nicht vorgebracht und es wurde deshalb vereinbart, daß sich die Parteien mit dem Ausschussvorsitzenden über die Einberufung des Reichstagsausschusses verständigen sollen. Die frühere Stellungnahme des Reichsenrates wurde also aufgegeben.

Die Finanzlage des Landes.

Stuttgart, 10. Dez. Der Landtag trat heute nachmittag 4 Uhr wieder zusammen und befaßte sich mit der zweiten Beratung des Entwurfs einer neuen Landesgebührenordnung. Dabei machte Finanzminister Dr. Dehlinger wichtige Mitteilungen über die Finanzlage Württembergs. Er betonte, daß der neue Gebührentarif dem jetzigen Gebührentarif und der früher eingetretene Gebührenerhöhung angepaßt werden müsse, denn die Gebühren seien eine Gegenleistung für Aufwand an Zeit und Mühe seitens der Behörden. Dann gab der Minister einen Überblick über die Finanzlage. Württemberg habe nicht die Kraft, von seinen Grenzen die wirtschaftlichen Niedergänge abzuwehren. Für 1931 habe man mit einer Gesamteinnahme von 133,6 Millionen RM. zu rechnen, d. h. 17,1 Millionen weniger als der Voranschlag. Dieses Weniger ist zurückzuführen darauf, daß an Reichsüberweisungen 7.200.000 RM. weniger zu erwarten sind und daß auch bei der Fortwahrhaltung ein außerordentlicher Rückschlag mit 6,2 Millionen in Kauf genommen werden muß. Außerdem fallen die Zuschüsse aus der Reichverwaltung weg. Die Ausgaben müssen sich nach den Einnahmen richten. Die Ministerien haben einen Gesamtbetrag von 155,8 Millionen RM. angemeldet, davon wurden 7,2 Millionen RM. abgetrieben, so daß die Ausgaben 158,6 Millionen RM. betragen werden. Es bildet somit ein ungedecktes Defizit von 24,7 Millionen. Dieses wird durch die Beamtenbesoldungsabklärung herabgesetzt werden können, so daß schließlich noch ein Defizit von 9 Millionen bleibt. Steuererhöhungen sind nach der Naturverordnung nicht mehr möglich. Es bleibt also nichts anderes übrig, als die Ausgaben weiter zu kürzen, aber die Einschränkung der Ausgaben allein reicht nicht aus. Die Beamten müssen noch weitere Opfer bringen. U. a. sollen die Umzugskosten herabgesetzt werden. Der Minister betonte noch besonders, daß das Restvermögen, abgesehen von 16 Millionen RM. Betriebskapital der Staatskassapfasse, nur noch 5.202.000 RM. betrage und daß diese Summe nicht mehr veräußerbar sei, da man sie zur Deckung des laufenden Staatshaushalts für 1931 brauche. Der Abg. Winter (Soz.) verlangte von dem Minister Unterlagen für seine Ausführungen zum Etat. Der Abg. Stöck (N.D.) dankte dem Minister für seine Ausführungen und erklärte die Zustimmung seiner Partei zur Gebührenerhöhung. Der Abg. Schaeff (Dem.) sprach dem Finanzminister seine Anerkennung aus, daß er es als seine Aufgabe betrachte, das Land auf die schwierige Finanzlage hinzuweisen. Die demokratische Partei werde den Finanzminister in seinen Bemühungen, für eine geordnete Finanzlage zu sorgen, in jeder Weise unterstützen. Der Abg. Koch (Ztr.) erklärte, daß die Darlegungen des Finanzministers wie eine kalte Dusche gewirkt haben. Man müsse ihm für seine Darlegungen sehr dankbar sein. Auch der Abg. Bauer (N.D.) dankte dem Finanzminister, während der Abg. Albert Höber (Komm.) eine Reihe von Wenderungsanträgen anfügte. Sodann wurde in die Einzelberatung der Gebührenerhöhung eingetreten. Sämtliche 52 Artikel wurden nach kurzer Debatte unter Ablehnung verschiedener kommunistischer Änderungsanträge angenommen. In der morgigen Vormittagsitzung erfolgt die Beratung der einzelnen Tarife des Gebührentarifs.

Schlechte Pläne zurückgestrichen.

Berlin, 10. Dez. Die Veruche des Ernährungsministers Schiele, im Kabinett noch weitere Maßnahmen zum Schutze der Landwirtschaft durchzuführen, sind praktisch wohl als gescheitert anzusehen. Die Nachsetzung des Kabinetts ist ergebnislos ausgefallen. Man hat sie nachträglich zu einer Ministerbesprechung umgestoßen, um den Minister etwas abzumildern. Man wollte am Mittwoch nachmittag die Beratung vorziehen, hat aber davon abgesehen, weil die Meinungsverschiedenheiten offenbar so tiefgehender Natur sind, daß eine Verständigung im Augenblick nicht möglich ist. Der Minister hat sich daher entschlossen, den ganzen Fragenkomplex zunächst bis über Neujahr zurückzustellen, obwohl er grundsätzlich — im Gegensatz zu dem Arbeitsminister Stegerwald — der Meinung ist, daß auch im Interesse der Bergbauwirtschaft noch etwas getrieben müsse. Praktisch dürfte aber die Agrarfrage für den Reichstag zunächst aufzuheben, da an eine parlamentarische Erledigung durch Initiativbeiträge nicht mehr zu denken ist.

Schwere Tumulten am Anie.

Berlin, 10. Dez. Kurz nach Mitternacht, nachdem der erste Demonstrationstag der Nationalsozialisten sich aufgelöst hatte, erschien ein zweiter Demonstrationstag von mehreren tausend Personen, vor denen Dr. Göbbels eine zweite Rede hielt. Vor der Anrede wurde ein Auto des Reichswehrkommandos von den Demonstranten mit faulen Eiern und lausigen Waffensteinen beworfen. Der Befehlshaber des Autos ließ die Mannschaft abziehen und gegen die Angreifer vorgehen, wobei der Gemütskollaps zur Anwendung kommen mußte. Als die Beamten in größerer Verdrängung gerieten, gaben sie mehrere Schreckschüsse in die Luft ab, wodurch die Auflösung eines Teiles des Zuges bewirkt wurde. Nach der Rede Dr. Göbbels löste sich auch der zweite Demonstrationstag auf und es trat im allgemeinen Ruhe ein.

Sichtspieltheater-Vorleger gegen Remarque-Film.

Der Reichsverband deutscher Lichtspieltheaterleiter hat auf einer Vertretertagung folgende Entschlossenung gefaßt: „Die Delegierten des Reichsverbandes deutscher Lichtspieltheaterleiter lehnen es ab, Filme zu zeigen, die ihre Theater zum Schauplatz politischer Kämpfe machen. Sie bedauern es außerordentlich, daß der Deutschamerikaner Karl Lämmle 12 Jahre nach Friedensschluß noch einen Kriegsfilm hergestellt hat, der in Berlin nicht in der gleichen Fassung wie in London und Paris laufen kann.“

Deutscher Reichstag.

Der arbeitsunfähige Reichstag.

Berlin, 10. Dez. Die heutige Reichstagsitzung vermochte die Hoffnung, daß dieses radikalisierte Parlament sich nach die Dörner ablaufen und zu positiveren Werten gelangen werde, leider nicht zu verfrachten. Zunächst gab es ein lärmendes Vortpiel, dessen Hintergrund die nichtigen Demonstrationen im

Berliner Westen bildeten. Die Nationalsozialisten verlangten durch Herrn Fried die Damentilassung des Abg. Fabricius der sich zur selben Stunde wegen Auflehnung gegen die Staatsgewalt vor dem Schnellrichter zu verantworten habe. Da die Sozialdemokraten Widerspruch erhoben, mußte der Reichsenrat mobil gemacht werden. Der gab dem nationalsozialistischen Verlangen, den Antrag als ersten Punkt auf die Tagesordnung zu legen, statt, und die Damentilassung des Abg. Fabricius wurde beschlossen. Der Sturm im Westend hatte indes umsonst getobt, denn Fabricius war nach seiner Verurteilung zu einer Geldstrafe mittlerweile bereits zu 30 Mark und 150 Mark verurteilt und aus der Haft entlassen worden. In höchst ungenüßlichen Szenen kam es dann, als der greise Strafrechtler Kahl die Vorlage begründete, die es ermöglichen soll, die vorherigen Arbeiten an der Strafrechtsreform zu sichern und zu einem guten Ende zu führen. Eindringlich bekräftigte er Danks und Anerkennung, das wertvolle Werk, das im engen Einvernehmen mit dem österreichischen Bruderstaat in nicht weniger als 26 Sitzungen zustandegebracht wurde, nicht verlassen zu lassen. Während sein Appell bei den übrigen Parteien Beachtung auslöste, wetteiferten Kommunisten und Nationalsozialisten in herabsetzender und beleidigender Kritik der Ausschussbeschlüsse. Der Kommunist Könenstein bezeichnete den Entwurf als ein Verzeichnis politischer, sozialer und kultureller Reaktion, und der Nationalsozialist Rechtsanwalt Franz, dem nach drei Ordnungsrufen das Wort entzogen wurde, bräute das Desinteresses seiner Partei an dieser Vorlage aus, da sie „dem deutschen Empfinden nicht entspräche“. Bei der Rede des Sozialdemokraten Rosenfeld, der für die Vorlage eintret, drohte sogar eine regelrechte Prügelei zwischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten anzubrechen. Wohl, den dieses Vorgehen schließlich angeleitet hat, verzichtete er auf das Schlusswort, hatte aber immerhin die Genugtuung, daß seinem Wunsch entsprechend die Vorlage dem Ausschuss überwiesen wurde. Bei der weiteren Beratung des Beschlusses für den Entwurf gab es erneut Skandal, da ein nationalsozialistischer Abgeordneter von seinen Parteifreunden nur mit Mühe daran verhindert wurde, sich nach einem im Kolbenmahl geführten Wortwechsel mit gekalkten Fäusten auf den sozialdemokratischen Abg. Dittmann zu stürzen. Das Schicksal der Vorlage, die bekanntlich eine Zweidrittelmehrheit erfordert, ist nach der ersten Sitzung zu urteilen, äußerst zweifelhaft. Zunächst hat jetzt der Ausschuss das Wort.

Doch Witzesnebel?

Sträuel, 10. Dez. Bei den Bewohnern des Naastales liegt die Überzeugung immer mehr, daß die zahlreichen Todesfälle durch giftige Gase hervorgerufen wurden, die sich in dem Nebel befanden. Man glaubt, daß sich Kohlenstoff- und Schwefelwasserstoff Gase, die im Wasser löslich sind, infolge des dichten Nebels auf dem Erdboden haben halten können, da die Temperatur etwas unter dem Nullpunkt lag. Man hat die auffällige Feststellung gemacht, daß um die Finsternisse herum jeder Pflanzenwuchs vernichtet ist und daß alle Opfer der Witzesnebel in der Nähe der Finsternisse wohnten. Prof. Malvoz-Lüttich erklärte mit Bestimmtheit, daß der Nebel die schädliche Wirkung hervorgerufen habe. In einem umfangreichen Artikel befaßt sich die „Sächsische Zeitung“ mit dem Witzesnebel im Naastal und gibt die Ansicht zweier namhafter Fachleute, nämlich des Leiters der Wetterdienststelle in Münster, Dr. Lammert, und des Professors für Chemie an der Columbia-Universität in New York, Manetti, wieder, die allen Ernstes unabhängig von einander zu der Überzeugung gekommen seien, daß die Todesnebel die letzten Ausläufer außerordentlich harter Staubstürme in der Sahara seien, von denen in der letzten Novemberdebatte berichtet worden sei. Einige Tage darauf habe man in Spanien Staubfälle festgestellt, die aus reinem Wüstenstaub bestanden. Wiederrum kurz darauf wurde das gleiche aus der Schweiz gemeldet. Zu gleicher Zeit wurde von einem Schmutzregen über Paris berichtet, dessen mikroskopische Untersuchung Staub nachwies. Lammert zieht daraus den Schluß, daß der große Staubwelle in der vorigen Woche über Belgien sein mußte und von dem Nebel auf die Erde gezogen wurde.

Die Nobelgedächtnispreise.

Oslo, 10. Dez. Als Auftakt zu den Stockholmer Nobelgedächtnispreisen fand am Mittwoch mittig im Festsaal des Osloer Nobel-Instituts in Gegenwart des norwegischen Königs und des Kronprinzen die feierliche Verteilung der Friedenspreise an Erzbischof Söderblom und Staatssekretär Kellogg statt. Die Rede hielt der norwegische Ministerpräsident. Kellogg führte in seiner Dankrede aus, daß zwar noch immer viele Schwierigkeiten beständen, besonders aus wirtschaftlicher Art, daß aber die Staatsmänner sich in den letzten 10 Jahren viel näher gekommen seien. Ein Organ für den internationalen Strafschutz halte er nicht für notwendig, sondern glaube, daß die allgemeine Weltmeinung in Zukunft den Frieden sichern werde. Keine der noch ungelösten Fragen in Europa sei von solcher Bedeutung, daß ein Krieg gerechtfertigt wäre. Auch Erzbischof Söderblom hielt eine kurze Ansprache. Er wird am Donnerstag mittig in der Aula der Universität seine Nobelverlesung halten.

Sabal verzichtet.

Paris, 10. Dez. Sordens wird bekannt, daß Senator Sabal auf die Kabinettsbildung verzichtet hat. Wieder nach dem Weihnachtstfest. Fürstende Liebe mit, mit weiden Gaben die Freude bereiten kann. In heutiger schwerer Zeit wird man in erster Linie zum praktischen Geschehen greifen. Nennen wir z. B. nur Roggi's bewährte Erzeugnisse: Roggi's Würste, Roggi's Saucen, Roggi's Fleischbrühwürfel, die in jedem Haushalt willkommen sind. Durch ihre vielseitige Verwendbarkeit helfen sie nicht nur Fleisch, Kohlen und Gas sparen, sondern erleichtern außerdem der Hausfrau die Kocharbeit.

Zwangs-Versteigerung.

Im Wege der Zwangsversteigerung veräußere ich öffentlich gegen bar am Freitag den 12. Dezember 1930, nachmittags 2 1/2 Uhr in **Roosbrunn** ein **Opel-Motorrad (16 PS., Hubraum 496 ccm).** Zusammenkunft beim Althof.

Gerichtsvollzieherstelle Herrenalb: Reidel.

Stangen-Versteigerung.

Die **Gemeinde Langensteinbach** versteigert am **Mittwoch den 17. Dezember ds. Js.** aus ihrem Gemeindegewald folgende Stangen:

- 2670 Boustangen I.—V. Klasse,
- 2400 Hopfenstangen I.—IV. Klasse,
- 750 Rebstecken I. und II. Klasse,
- 500 Bohnenstangen.

Zusammenkunft vormittags 9 Uhr beim Rathaus. Schöpffe.

Arbeitszeit in den Bäckereien und Konditoreien.

Das Würt. Gewerbe- und Handelsaufsichtsamt hat die Erlaubnis erteilt, daß in den Bäckereien und Konditoreien am Dienstag den 23., Mittwoch den 24. und Mittwoch den 31. Dezember d. J. um 8 Uhr morgens mit den Arbeiten zum Herstellen von Bäcker- und Konditorenwaren begonnen wird.

An die Erteilung dieser Erlaubnis werden nachstehende Bedingungen geknüpft:

1. Die Dauer der Arbeitszeit an dem genannten Tag ist soweit als möglich zu beschränken.
2. In den größeren Bäckereien ist, soweit es die räumlichen Verhältnisse erlauben, dem Geschäftsanfall auch durch Mehreinstellung von arbeitslosen Gehilfen zu begegnen.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Unternehmer gesetzlich verpflichtet sind, für die über acht Stunden täglich hinausgehende Arbeitszeit den tariflich festgesetzten Lohnzuschlag und in denjenigen Betrieben, für die ein Tarif nicht besteht, einen Lohnzuschlag von 25 v. H. zu bezahlen.

Neuenbürg, den 10. Dezember 1930.
Oberamt:
Schmid, Regierungsrat.

Grundbuchamt Viefensfeld. Haus-Verkauf.

Die Erben der verst. Adolf Müller, Bauers-Witwe hier, bringen am

Montag den 15. Dezember 1930, nachmittags 7 Uhr, das vorhandene Haus Rathausgasse 12 und 12a auf dem Rathaus in Viefensfeld zum zweiten Male im öffentlichen Aufstreich zum Verkauf. Liebhaber sind eingeladen.

Höfen, 10. Dezember 1930.

Todes-Anzeige.

Verwandten und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß unsere liebe Tochter

Emilie

gestorben ist.

Familie H. Reisenbacher.

Beerdigung findet am Freitag mittag 2 Uhr in Höfen statt.

Ottenhausen, den 10. Dezember 1930.

Todes-Anzeige.

Schmerzerfüllt machen wir Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß meine liebe Frau, unsere treu- besorgte liebe Mutter

Katharine Kiefer,
geb. Reister,

im Alter von nahezu 47 Jahren nach kurzem Leiden sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Der Gatte: Hermann Kiefer.

Die Kinder: Frida Kiefer, Katharina Kiefer, Luise Kiefer, Hermann Kiefer, Friedr. Kiefer, Ernestine Kiefer.

Die Beerdigung findet am Freitag den 12. Dez. nachmittags 3 Uhr statt.

Pfingweiler, den 9. Dezember 1930.

Dankagung.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben Mannes

Friedrich Egen,
Schreiner,

sage ich auf diesem Wege herzlichsten Dank. Besonderen Dank dem Gesangverein und Leichenchor für die erhebenden Gesänge, sowie der Krankenschwester für die liebevolle Pflege und allen denen, die ihn während seiner Krankheit besuchten und ihn zu seiner letzten Ruhestätte begleiteten.

Die trauernden Hinterbliebenen:
Friederike Egen mit Kindern.

Gesangbücher

zu haben in der **E. Mech'schen Buchhandlung.**

Neuenbürg.

Morgen Freitag



Schlachtpartie
„Ratsküble“.

Ottenhausen.

100 Zentner

Kleeheu

hat zu verkaufen

Emil Heinkel.

Salmbach.



Eine
**Kälber-
Kuh**

mit dem

dritten Kalb hat zu verkaufen

Gustav Schöninger.

Neuenbürg.

Heute und morgen



Schlachtpartie
bei

Wirt Kien.

Ditwald'sche

Farben

Schachtel 85 Pfg.

empfiehlt

E. Mech'sche Buchhandlung.

Evangelischer Volksbund Ortsgruppe Herrenalb.

Am Sonntag den 14. Dezember, abends 7 Uhr, wird auf Veranlassung des Evang. Volksbundes Herr Pfarrer **Berisch-Ludwigsburg** in der Kirche einen Vortrag halten über das Thema: „**Ein Gang durchs Juchthaus**“.

Dazu sind die Volksbundmitglieder herzlich eingeladen. Eintritt frei.

An der Kirchüre ist Gelegenheit, Bücher des Herrn Pfarrer Berisch zu kaufen.

Der Vorsitzende: Sellacher.

Praktische

Weihnachts-Geschenke

Herren-Hemden
die letzten Neuheiten

Nachthemden

Schlafanzüge

Trikot-Wäsche

Krawatten

Herren-Socken

Herren-Westen

Hausjoppen

Lodenmäntel

Strickkleider
in allen Preislagen

Pullover

Strickwesten

Strickjacken

Strümpfe

Handschuhe

seidene Unterwäsche

Ribana-Unterwäsche

Taschentücher

Ski-Anzüge, Ski-Hosen

Windjacken

Bleyle-Kleidung

Am Sonntag von 12-6 Uhr geöffnet!

Carl Barth, Pforzheim

gegenüber dem Ufa-Theater.



Für die

Weihnachts-Bäckerei

Haselnußkerne	Pfd.	1.00
Mandeln, süße Bari		1.30
Mandeln, handgewählte		1.60
Kokosnuß, geraspelt	45 Pfg.	
Weizenmehl 0	27 Pfg.	
Auszugsmehl 00	29 Pfg.	
Auszugsmehl 00		
1 Kg.-Beutel, Mühlenpackung	65 Pfg.	
Auszugsmehl 00		
2 1/2 Kg.-Beutel, Mühlenpackung	1.55	
Sand- und Grießzucker	35 Pfg.	
Orangeat	30 Pfg.	
Citronat	38 Pfg.	
Kunsthonig	42 Pfg.	
Kokosfett	45 Pfg.	
Estol	60 Pfg.	
Edeka-Kokosfett	70 Pfg.	
Palmin	85 Pfg.	
Walnüsse	55 Pfg.	

Sultaninen, Rosinen, Korinthen, Staubzucker, Hagelzucker, Streuzucker
sämtliche Gewürze
la. Tannenhonig, ohne Glas, Pfund 2.00
Allerfeinste Tafelbutter, täglich frisch

empfehlen die

Edeka-Geschäfte

5 Prozent in Rabattmarken.

**Erhöhter
Kunden-
dienst**

**Eine neue
Annehmlichkeit
für unsere
Kundschaft**

Jetzt meine Damen

und Herren, haben wir, dem Kundendienst Rechnung tragend, das

Selbstkassier-System

fast im ganzen Parterre unseres Hauses durchgeführt. Das lästige Warten an Kassen und Packtischen wurden auf ein Minimum eingeschränkt. In den Abteilungen des täglichen Bedarfs kassiert jetzt die Verkäuferin, bei der Sie kaufen, und händigt Ihnen eingepackt die Waren aus. Diese Bequemlichkeit wird Ihnen das Kaufen zur Freude machen. — Also bitte

kommen Sie zu

Wronker

HERMANN
AKT.-GES. PFORZHEIM